

Zusammen gestalten wir Zukunft.

Postfach 300 4005 Basel Basel, 27. Juni 2024

Bau- und Verkehrsdepartement Städtebau & Architektur Vernehmlassung kantonaler Richtplan Münsterplatz 11 4001 Basel

Stellungnahme zur Vernehmlassung Richtplan Klima

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. März 2024 Haben Sie das oben erwähnte Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Als Vereinigung, die unter anderem die Interessen des Gewerbes im Kleinbasel vertritt, erlauben wir uns, Ihnen innert gesetzter Frist nachstehend unsere Stellungnahme zuzusenden.

<u>Ausgangslage</u>

Der Klimawandel hat Auswirkungen auf den Kanton Basel-Stadt und es sollen diverse Anpassungen im Bereich Klima und Umwelt im Richtplan vorgenommen werden.

<u>Grundlegendes</u>

Die IG Kleinbasel, kurz IGK, ist der Meinung, dass verschiedene klimatische Bedingungen in den letzten Jahren Problematiken im Bereich Umwelt verstärkt haben. So sind einerseits Hitzetage wie auch Hagel Naturereignisse, welche das Gewerbe stärker belasten. Ebenso haben hauptsächlich Handwerksbetriebe durch den steten Abbau von Produktionsflächen wie auch Zulieferungserschwerung Mühe, innerhalb des Kantonsgebietes zu expandieren und wandern in angrenzendes Stadtgebiet ab.



Zusammen gestalten wir Zukunft.

Stadt der kurzen Wege

Die IGK unterstützt die Idee einer Stadt der kurzen Wege. Dies bedeutet jedoch auch, dass Flächen für das Gewerbe geschaffen werden müssen, welche für ihre Angestellten und Lernenden gut erreichbar sind. Eine Abwanderung genau dieser Betriebe in die angrenzenden Kantone bedeutet auch, dass Arbeitnehmende und Lernende einen längeren Arbeitsweg auf sich nehmen müssen und, neben den fehlenden Steuereinnahmen, der Verkehr (sei dies durch Nutzung von ÖV, MIV oder Velo) von und in die Stadt zunimmt. Genau das Gegenteil, was die Stadt der kurzen Wege anstrebt. Aus diesem Grund muss der Kanton, zusammen mit privaten Eigentümern, dafür besorgt sein, dass wir so viele Gewerbetreibende, vor allem Handwerkern, eine gute Infrastruktur und ein qualitativ stabiles Arbeitsumfeld bieten, welches im Einklang mit der Stadt der kurzen Wege steht.

Abstimmung Wirtschaft und Verkehr/Mobilität

Viele Handwerker benötigen zur Verrichtung ihrer Arbeit ein grösseres Fahrzeug, um effizient ihrer Tätigkeit nachkommen zu können. Dieses Fahrzeug muss in der Nähe des Arbeitsortes zugänglich sein und nach Arbeitsschluss auch parkiert werden. Dies ist im Kanton Basel-Stadt das grösste Problem. Die Aufhebung von Parkplätzen betrifft nicht nur Anwohnende, sondern auch Unternehmen.

Die Stau- und stockenden Verkehrssituationen im Stadtgebiet bedeuten für die Betriebe nichtbezahlte Arbeitsausfälle ihrer Angestellten. Eine funktionierende Infrastruktur mit grossen Verkehrsachsen, um schnell und effizient von A nach B zu kommen, bilden hier die Voraussetzung. Mit der Einführung von Rotlichtstaus, Verlangsamung des Verkehrs oder 30er Zonen auf Hauptverkehrsachsen wird der Standort Basel für Handwerksbetriebe unattraktiv. Die fehlenden Parkmöglichkeiten für die Firmenfahrzeuge sind ein weiterer Grund, wieso die angrenzenden Gemeinden einen Aufschwung an ehemals in Basel angesiedelten Handwerksbetrieben erleben. Eine Abwanderung der Betriebe löst jedoch das Verkehrsproblem nicht, sondern verstärkt es sogar noch (siehe Stadt der kurzen Wege). Eine Prüfung von speziellen Parkmöglichkeiten für Handwerker (Ausweitung der BS-Gewerbeparkkarte, spezielle Parkplätze, etc.) würden der Abwanderung entgegenwirken.

Der Kanton kann ebenfalls zur Attraktivität des Standorts Basel beitragen, indem er in Basel ansässige Unternehmen für die Vergabe der diversen Aufträge engagiert. Hier kann der kürzere Logistikweg als Auswahlkriterium hinzugezogen werden.

Eine Steigerung der klimagerechten Güterlogistik ist voranzutreiben. Diese beschränkt sich bisher auf das Hafengebiet, teilweise noch auf das Dreispitzareal. Idealerweise müsste diese sich auf das ganze Stadtgebiet ausdehnen und bestehende Infrastrukturen nutzen, bzw. umnutzen.

Eine Entsiegelung möglicher Flächen befürworten wir.



Zusammen gestalten wir Zukunft.

<u>Dreiland und Nachbarskantone</u>

Die Nachbarkantone wie auch die beiden Nachbarländer müssen mit ihrer Entwicklung ebenfalls mitziehen. Basel plant teilweise einschneidende Massnahmen, welche sich auf ein 37km2 begrenzen. Dies ist als Vorbildfunktion begrüssenswert. Wir hoffen, mit den Erfahrungen einen positiven Einfluss auf unsere Nachbarn auszuüben.

Hochhauskonzept

Eine Anpassung des Hochhauskonzepts sollte nur mit einer öffentlichen Vernehmlassung angepasst werden. Einem verdichteten Bauen stehen wir kritisch gegenüber. Dies birgt die Gefahr, dass der Druck auf die Umgebung zu hoch wird, es somit weder für Unternehmen noch für Bewohner attraktiv ist, in diesen Gebieten zu wohnen. Einer Verdichtung im Unteren Kleinbasel ausserhalb der Entwicklungsgebiete stehen wir sehr skeptisch gegenüber.

<u>KlybeckPlus</u>

Viele Punkte sind seitens Kanton noch unklar. Die Grundeigentümerschaft hat ein vorbildliches Partizipationsverfahren eingerichtet. Die Grundeigentümerschaft hat bereits interessante Bebauungspläne erarbeitet und kann diese leider aufgrund diverser Abhängigkeiten seitens Kanton noch nicht umsetzen. Dies führt zu einer massiven Verzögerung der Arealentwicklung, der Schaffung neuer Grün- und Freiräume sowie neuer Wohn- und Gewerbegebiete.

Klybeck-/Westquai

Die IGK unterstützt die Entwicklungsgebiete Klybeck- und Westquai. Die beiden Entwicklungsgebiete würden sich als Kompetenzzentren für z.B. Architektur oder im Medizinalbereich eignen. Als Niederlassungsgebiet ist es für Handwerker, welche von LKW-Anlieferungen abhängig sind, wegen der schlechten Zulieferbarkeit ungeeignet.

<u>Lichtemission</u>

Beleuchtung dient auch der Sicherheit. Die Beleuchtung dient auch der Sicherheit und der Sichtbarkeit. Eine Reduzierung im Innerstädtischen Beleuchtungsperimeter darf nicht zulasten der Sichtbarkeit führen. Diese dient zur Vermeidung von Unfällen aller Verkehrsteilnehmenden. Wo die Beleuchtung diesen Aspekt nicht erfüllen muss, können bspw. Bewegungssensorbeleuchtungsmodelle Sinn machen.

Überschwemmungen

Besonderes Augenmerk ist auf die Gebiete Klybeck-/Westquai zu richten. Diese müssen durch spezielle Massnahmen vom Hochwasser sowohl Rhein- wie auch Wieseseitig geschützt werden.



Zusammen gestalten wir Zukunft.

Hitze

Das Kleinbasel weist den höchsten Handlungsbedarf in Sachen Hitze auf. Denn das Gebiet 4057 und Teile des 4058 bilden die grösste zusammenhängende Fläche mit grosser Hitze und somit grösstem Handlungsbedarf, dies auch aufgrund der fehlenden öffentlichen Grün- und Freiräume. Hohe Temperaturen belasten und reduzieren die Leistung der Arbeitnehmenden, wirken sich negativ auf den Umsatz des Detailhandels aus und gefährden die Existenz kleiner Geschäft. Wir sind der Meinung, dass bezüglich Massnahmen zur Senkung der Temperaturen dem Kleinbasel die höchste Priorität zu erteilen ist, um so die Arbeitsbedingungen für das Gewerbe, den Detailhandel und deren Angestellte auf ein gesundes Mass zu reduzieren.

Eine einheitliche Strategie im Bereich Biodiversität, PV-Anlagen und Hitzereduktion wäre vom Kanton wünschenswert.

Energie

Keine Beschränkung auf Solarenergie und bestehendes Wasserkraftwerk.

Der Kanton eruiert kein grosses Potenzial im Bereich Wasserkraftwerke. MiniWasserkraftwerke würden jedoch keinen massiven Eingriff in ein Öko-System bedeuten
und relativ effizient Energie liefern. Hier darf der Kanton in die Forschung von
klimafreundlicher Energie investieren und möglichst viele Start-ups ansiedeln. Z.B. im
Klybeck-/Westquai. Ein alleiniger Fokus auf die Solarenergie scheint kurzsichtig und löst
das Problem des Energiemangels vor allem im Winter nicht. Hier soll weiter geforscht
werden, welche Möglichkeiten der besten Ressourcennutzung ohne -übernutzung es gibt.

<u>Fazit</u>

Es ist ein Richtplan, welcher immer wieder den Gegebenheiten angepasst werden muss. Der jetzige Richtplan bzw. die Vorlage zeigen zu wenig die Ziele in naher und mittlerer Zukunft auf. Die Ziele erscheinen in einem Zeithorizont von 15 Jahren und mehr angelegt und lassen den Wunsch nach konkreten Sofortmassnahmen offen. Dieser Richtplan aufgrund seine Komplexität und seines Umfangs für einen grossen Teil der betroffenen Bevölkerung kaum zu bewältigen. In vielen Bereichen werden Lösungen präferiert, welche sich negativ auf unsere Gewerbetreibenden auswirken würden. Wir müssen Sorge zu unseren KMUs tragen, diese in der Stadt behalten und ihnen ein attraktives Umfeld bieten sowie innovative Betriebe im Bereich Ressourcenschonung anziehen.

Mit Kleinbasler Grüssen

A. WALL

Anita Treml Nidecker

Präsidentin

Carmen Kolp
Geschäftsführerin